

PBU E.V. BURGSTRASSE 8 · 50259 PULHEIM

Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Minister für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie des Landes NRW
Berger Allee 25
D-40213 Düsseldorf

Pulheim, den 17.05.2019

**OFFENER BRIEF: NACHTRAG ZUM WDR5 STADTGESPRÄCH AM 16.05.2019
IN PULHEIM-GEYEN ZUM THEMA LEITUNGS-AUSBAU UND ULTRANET**

Sehr geehrter Herr Professor Pinkwart,

gestern Abend haben Sie sich im Rahmen des WDR5 Stadtgesprächs in einer schwierigen, z.T. hoch emotionalen Diskussion mit Betroffenen vor Ort dem Thema „Energieleitungsausbau in Nordrhein-Westfalen“ gestellt. Für die Bereitschaft zum Dialog bedankt sich die Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultranet e.V. (PBU) ausdrücklich.

Ihnen wird nicht entgangen sein, wie schwer sich Bürgerinnen und Bürger mit der Akzeptanz der in Pulheim laufenden Maßnahmen tun. Es wurde im Verlauf des Gesprächs ehrlich und aufrichtig auf viele ersichtliche Probleme hingewiesen und Kritik geübt. Auch Sie selbst haben gestern Abend von unseren „berechtigten Anliegen“ gesprochen. Dass offen geführte mediale Diskussionen dieser Art möglich sind, verdanken wir nicht nur aufmerksamen Redakteuren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es ist auch ein Zeichen dafür, dass Demokratie funktioniert, wenn BürgerInnen öffentlich Gehör geschenkt wird – auch wenn diese mitunter lange dafür „kämpfen“ müssen.

Wir möchten Ihnen heute einerseits für dieses Gehör danken, andererseits die Gelegenheit nutzen, Ihr Augenmerk noch einmal auf Punkte zu lenken, die gestern Abend – auch aufgrund der leider begrenzten Sendezeit – nicht mehr thematisiert werden konnten.

Sie haben in der Diskussion mehrfach auf die gesetzlich vorgesehene Bürgerbeteiligung verwiesen, zu der wir für unseren speziellen Fall noch folgende Anmerkungen haben:

Die beiden unterteilten Genehmigungsverfahren für das ENLAG Projekt (380 kV Rommerskirchen – Sechtem) und nun im Anschluss Ultranet mit Bundesfachplanung und anschließendem neuerlichen Planfeststellungsverfahren sind intransparent und für Bürgerinnen und Bürger nur schwer zu durchdringen.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Burgstraße 8 · 50259 Pulheim
Eingetragen beim Amtsgericht Köln, Nr. VR 19798
Vorstand: Sebastian Locker (1. Vorsitzender),
Arne Westphal (2. Vorsitzender), Jürgen Berger,
Monika Mezger, Dr. Annika Runte-Collin,
Dr. Manuel Wesche, Peter Wieschermann

www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>
Facebook: [www.facebook.com/groups/
kein.ultranet.in.pulheim](http://www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim)

Wer sich nicht zusammenschließt oder gar als Bürgerinitiative oder Interessengruppe organisiert hat fast keine Möglichkeit, diesen behördlichen Genehmigungsdschungel zu verstehen und im Anschluss auch eine fristgerechte Beteiligung zu vollziehen. Dennoch wurde schon im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die nun verbaute 380 kV Drehstromleitung von Seiten betroffener Anwohner und der Stadt Pulheim Einwendungen vorgetragen. Auch ein Verschwenkungsvorschlag für die neuen Masten wurde damals schon als Kompromiss ins Verfahren eingebracht. Nichts davon wurde von der zuständigen Bezirksregierung Köln berücksichtigt. Eine Klage kam – anders als von Herrn Klaus Wewering (Amprion) in der Diskussion dargestellt – für die Gemarkung Geyen nicht zustande. Die Stadt Pulheim verzichtete und den direkt Betroffenen fehlten damals schlichtweg die finanziellen Mittel.

Fakt ist, in Pulheim wurden den Menschen nicht nur Wahrheiten verschwiegen, sondern es wurden auch falsche Tatsachen vorgespiegelt, um Widerstände erst gar nicht aufkommen zu lassen. Dies hat nun zur Folge, dass die Wut und die Enttäuschung sowie das Gefühl, von der Politik alleine gelassen worden zu sein, umso größer ist. Dies ist sicher nicht nur für die Menschen hier, sondern auch für Sie als Politiker enttäuschend. Denn es schafft Politikverdrossenheit, die im schlimmsten Falle die o.g. Demokratie gefährdet.

Die in Pulheim nun neu verlaufenden Leitungen dienen – und das wird in der Argumentation rund um die sogenannte Energiewende gerne verschwiegen – zunächst einmal gemäß Trassenverlauf offensichtlich dem Zweck, Kohlestrom zu transportieren. Dass die als angebliche P2P Verbindung geplante Gleichstromleitung für Ultranet aus dem Norden voraussichtlich in Kaarst durch einen Konverter erweitert werden wird, legt zudem nahe, dass auf Höhe des rheinischen Reviers Kohlestrom dem sogenannten sauberen Windstrom beigemischt werden wird. Wenn diese „Flexibilität“ aber denn tatsächlich nötig ist, um eine ausreichende Energieversorgung nach Wegfall des Atomstroms zu gewährleisten, sollte das den Menschen auch so offen kommuniziert werden. Ebenso sollte über die Funktion von Ultranet als Stromhandelsstrasse innerhalb des Europäischen Supergrids aufgeklärt werden.

Sie als unser zuständiger Energie- und Wirtschaftsminister sind gemäß Ihres Titels auch für Innovationen im Lande zuständig. Vermutlich sind wir uns einig, dass 80-90 Meter hohe Strommaste mit annähernd 60 Leiterseilen in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung dem Anspruch auf Innovation nicht gerecht werden. Es muss also somit auch Kraft Ihres Amtes eine Verpflichtung sein, uns bei einer „innovativen“ Lösung zu helfen, um den schwelenden Konflikt zwischen BürgerInnen, Vorhabensträgerin und Bundesnetzagentur zu befrieden.

Im neu verfassten, novellierten NABEG sind Verschwenkungen als Lösungsmöglichkeiten für konfliktträchtige Orte des Netzausbaus eindeutig formuliert. In einem Rundschreiben der CDU/CSU Fraktion vom 2. April 2019, das uns die zuständigen Stellen weiterleiteten, heißt es dazu unter Punkt 2. a) wörtlich:

**PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.**

Burgstraße 8 · 50259 Pulheim
Eingetragen beim Amtsgericht Köln, Nr. VR 19798
Vorstand: Sebastian Locker (1. Vorsitzender),
Arne Westphal (2. Vorsitzender), Jürgen Berger,
Monika Mezger, Dr. Annika Runte-Collin,
Dr. Manuel Wesche, Peter Wieschermann

www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>
Facebook: [www.facebook.com/groups/
kein.ultranet.in.pulheim](http://www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim)

„Verbesserung der Akzeptanz für den Netzausbau: Um die Akzeptanz für den Netzausbau zu verbessern, werden mit der NABEG-Novelle sog. Verschwenkungen der bisherigen Trassenverläufe erleichtert. Gegenwärtig führen Bestandstrassen, für die eine Ertüchtigung oder ein erheblicher Kapazitätsausbau geplant sind, oftmals sehr dicht an der Wohnbebauung vorbei. Durch die Neuformulierung des Trassenbegriffs soll es nun ermöglicht werden – sowohl auf Ebene der Übertragungsnetze als auch auf Ebene der Verteilnetzbetreiber – unbürokratische Lösungen mit den Anwohnern zu finden, ohne völlig neue Planungen für die Trassen auszulösen. Zudem besteht für Leitungen, die bisher nach Landesrecht genehmigt wurden, die Möglichkeit, diese ebenfalls zu verschwenken. Doppelte Leitungsführungen können so vermieden werden. Mit der Gesetzesnovelle wird zudem klargestellt, dass für das Vorhaben Ultranet die Bundesfachplanung verpflichtend durchzuführen ist.“

Auch wenn der von uns im Einklang mit der Verwaltung der Stadt Pulheim entwickelte neue Verschwenkungsvorschlag nicht ganz die ja bereits auch im ENLAG 2009 vorgegebene Mindestabstandsmarke von 400 Metern zur Wohnbebauung umfasst, so wäre damit doch ein sicherlich bezahlbarer, bürgernahe Kompromiss gefunden.

Herr Bundesminister Peter Altmaier dürfte beim Trassenbesuch im Februar 2019 im südhessischen Niedernhausen und der anschließenden Diskussion mit ca. 1000 Betroffenen verstanden haben, dass es ohne Bürgerakzeptanz nicht gehen wird. Er versprach vor laufenden TV Kameras, Lösungen für Konfliktstellen zu finden und politisch zu ermöglichen.

Wir möchten Sie daher hiermit auffordern, selbst im Sinne der Betroffenen aktiv zu werden. Sprechen Sie mit Herrn Altmaier, so wie dies auch Ihre Kollegen Hubert Aiwanger und Tarek Al-Wazir in Bezug auf die Trassenproblematiken bereits getan haben. Erinnern Sie ihn an das Versprechen, das er in Niedernhausen formulierte. Sprechen Sie auch mit Ihrem Parteifreund Jochen Homann, dem Präsidenten der Bundesnetzagentur. Hören Sie nach beim FDP Bundestagsabgeordneten Alexander Müller (Wahlbezirk Rheingau-Taunus Limburg), der den dortigen Bürgerbewegungen schon länger zur Seite steht und diese u.a. auch mit einer Kleinen Anfrage im Bundestag zum Thema „Ultranet“ unterstützte.

Sorgen Sie dafür, dass Lösungswege und Kompromisse auch im Raum NRW aufgezeigt werden. Zeigen Sie den BürgerInnen in Pulheim-Geyen, den Unternehmen und deren MitarbeiterInnen im Gewerbegebiet Pulheim-Brauweiler, aber auch Menschen an anderen brisanten Orten wie z.B. Kaarst, Neuss, Herdecke, Hürth oder Hohenlimburg, dass Politik vermitteln kann und dafür sorgt, dass – wie Sie selbst sagten – „berechtigte Anliegen“ in den Planungen berücksichtigt werden.

An einer weitergehenden, dann auch juristischen Eskalation der Thematik „Ultranet“ bzw. Leitungsausbau kann keinem der Beteiligten gelegen sein. Für einen fortlaufenden, direkten und ergebnisoffenen Dialog stehen wir selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Wir verbleiben hochachtungsvoll und mit herzlichen Grüßen aus Pulheim

PBU e.V. | Der Vorstand



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Burgstraße 8 · 50259 Pulheim
Eingetragen beim Amtsgericht Köln, Nr. VR 19798
Vorstand: Sebastian Locker (1. Vorsitzender),
Arne Westphal (2. Vorsitzender), Jürgen Berger,
Monika Mezger, Dr. Annika Runte-Collin,
Dr. Manuel Wesche, Peter Wieschermann

www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUkeinUltranet>
Facebook: [www.facebook.com/groups/
kein.ultranet.in.pulheim](http://www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim)